



Gemeinderat

Protokoll Nr. 2 / 2011

Datum 10. März 2011

Dauer 14.00 - 20.25 Uhr

Anwesend

Präsident Fred Bieler

Mitglieder	Jon Pult	Romano Cahannes
	Thomas Hensel	Dr. Chantal Marti-Müller
	Dr. Carla Maissen	Josias F. Gasser
	Thomas Leibundgut	Dr. Dominik Infanger
	Anita Mazzetta	Lucrezia Bernetta
	Dr. Hans Martin Meuli	Rita Cavegn Hänni
	Reto A. Lardelli	Beda Frei
	Andy Kollegger	Franco Lurati
	Tina Gartmann-Albin	Gieri Derungs
	Christian Durisch	

Entschuldigt Fritz Imholz

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 3. Februar 2011
2. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung;
Schlussbericht der Vorberatungskommission Nr. 195.10
3. Petition „Kulturraum Chur“ Botsch. Nr. 405.03
4. Sportförderung in der Stadt Chur Botsch. Nr. 440.03
5. Kasernenstrasse, Einmündung Comercialstrasse/Richtstrasse;
Strassenanpassungen sowie Umbau in einen Kreisel, Anpassung
der Fussgängerunterführung Waffenplatzstrasse und Erneuerung
von Werkleitungen Botsch. Nr. 359.04
6. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

1. Protokoll der Sitzung vom 3. Februar 2011

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

Die Anregung des **Gemeinderatspräsidenten**, künftig auf den postalischen Versand des genehmigten, unterzeichneten Protokolls zu verzichten, wird einstimmig gutgeheissen.

2. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung; Schlussbericht der Vorberatungskommission

Der **Gemeinderatspräsident** verliest die Anträge der Vorberatungskommission auf Seite 25 ihres Schlussberichts vom 8. Februar 2011 und denjenigen des Stadtrates (SRB 111 vom 21. Februar 2011).



Anträge der Vorberatungskommission

1. *Auf die Kommissionsvorlage zur Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung sei einzutreten.*
2. *Den im vorliegenden Kommissionsbericht enthaltenen*
 - a) *Empfehlungen sei zu folgen, den*
 - b) *Anträgen sei zuzustimmen und die*
 - c) *Aufträge seien zu überweisen.*
3. *Die Vorberatungskommission zur Leistungsüberprüfung sei aufzuheben.*

Anträge des Stadtrates

1. *Dem Gemeinderat wird beantragt, folgende Anträge der Vorberatungskommission abzulehnen:*

Antrag 1 Pensionsversicherung
Ziff. 1 und 3 zugunsten der Anträge des Stadtrates (Umfinanzierung/Teuerungszulage Renten)
2. *Dem Gemeinderat wird beantragt, folgende Aufträge der Vorberatungskommission nicht zu überweisen:*
 - *Auftrag 3 Kehrichtgrundgebühr zugunsten des Antrags des Stadtrates*
 - *Auftrag 5 Schulzahnklinik zugunsten der Anträge des Stadtrates*
 - *Auftrag 7 Stadtpolizei zugunsten des Antrags des Stadtrates*
 - *Auftrag 8 Personalverordnung: Eventualantrag Stadtrat*
3. *Minderheitsanträge der Vorberatungskommission*
 - *Dem Gemeinderat wird beantragt, dem Minderheitsantrag zu Massnahme 1400-02, Erhöhung Steuertarif Handänderungssteuer, zuzustimmen.*
 - *Dem Gemeinderat wird beantragt, den Minderheitsantrag zu Massnahme 2600-04, städtische Zusatzleistungen zu Ergänzungsleistungen, abzulehnen.*



4. *An folgenden, im Schlussbericht nicht enthaltenen und damit von der Vorberatungskommission abgelehnten Anträgen wird festgehalten:*

- 1400-01: *Erhöhung Steuertarif Liegenschaftensteuer*
- 3000-01: *Klärggebühr von 5 ‰ auf 8 ‰ erhöhen*
- 3044-05: *Fernwärme aus Abwasser/Abwärme*

EINTRETEN ist unbestritten.

In der Eintretensdebatte erläutert **Kommissionspräsident** Derungs das Vorgehen, die Zielsetzung seiner Kommission und den Bericht.

Die Arbeit der Vorberatungskommission wird gelobt; sie habe ein ausgewogenes Massnahmenpaket erarbeitet. Einmal mehr wird kritisiert, der Stadtrat schiebe die Verantwortung dem Gemeinderat zu und habe keinen Einfluss auf die Erarbeitung der Massnahmenvorschläge genommen. Unter Hinweis auf eine eingereichte Petition des städtischen Personals wird auf den Wortlaut des Auftrags verwiesen, wonach nicht zu Lasten des Personals und der Investitionen gespart werden solle. Dagegen wird eingewendet, ohne Einsparungen beim Personal gehe es nicht; es müssten 10 % der Stellen abgebaut werden.

Der Stadtrat habe die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung lanciert und dabei den Dienststellen detaillierte Vorgaben gemacht, führt der **Stadtpräsident** aus. Er habe damit seine Führungsrolle wahrgenommen. Der Stadtrat habe auch klar Stellung zu jenen Massnahmen genommen, die aus seiner Sicht umgesetzt werden sollten, auch dort, wo er gar nicht zuständig sei. Auch nachdem eine Vorberatungskommission eingesetzt worden sei, habe der Stadtrat diese unterstützt. Wenn jedoch einmal eine Kommission eingesetzt sei, entscheide diese über das Vorgehen und die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat. Der Stadtrat sei weiterhin bereit, die Führung zu übernehmen, doch müsse der Gemeinderat ebenfalls mitmachen.

DETAILBERATUNG

Die Detailberatung erfolgt anhand des Schlussberichts der Vorberatungskommission.



2.1 Massnahmen aus der Projektgruppe Ern

1150-02-b Umfinanzierung AG/AN 60 % : 40 %

1150-03 Aufhebung Leistungsprimat der Stadtratsversicherung

1150-05 Aussetzen der Teuerungszulagen für Rentenbezüger

- **Antrag Vorberatungskommission**

„Das Finanzierungsverhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer für die Pensionskasse wird von heute 2 : 1 beziehungsweise 66 : 34 % auf 1.8 : 1.2 beziehungsweise 60 : 40 % angepasst (Massnahme 1150-02b).“

- **Antrag Stadtrat**

„Das Finanzierungsverhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer für die Pensionskasse wird von heute 2 zu 1 bzw. 66 % zu 34 % auf 1.9 zu 1.1 bzw. 63,33 % zu 36,33 % angepasst.“

Die Gegner des Kommissionsantrags argumentieren mit der Notwendigkeit, dass die Stadt als Arbeitgeberin attraktiv sein müsse. Das Personal müsse einen Beitrag leisten, doch sei dies mit der Sistierung des Lohnstufenanstiegs bereits geschehen; es sei deshalb die mildere Variante in Form des Stadtratsantrags zu wählen.

Abstimmung:

Auf den Antrag der Vorberatungskommission entfallen 15 Stimmen, auf denjenigen des Stadtrates 5 Stimmen.

- **Antrag Vorberatungskommission**

„Das Leistungsprimat der Stadtratsversicherung wird aufgehoben (Massnahme 1150-03).“

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- **Antrag Vorberatungskommission**

„Die Teuerungszulage für Rentenbezüger wird in Zukunft nicht mehr durch die Stadt getragen (Aussetzung städtische Teuerungszulagen auf Renten, Massnahme 1150-05)“



- **Antrag Stadtrat**

„Die durch die Stadt finanzierten Teuerungszulagen für die Rentenbeziehenden sind für die Dauer von fünf Jahren zu sistieren.“

Hensel erkundigt sich, ob im Antrag der Vorberatungskommission auch die ehemaligen Mitglieder des Stadtrates umfasst seien, und stellt folgenden

- **Antrag**

„Der Antrag betreffend Finanzierung von Teuerungszulagen der Rentenbeziehenden bezieht sich auch auf ehemalige Stadtratsmitglieder.“

Abstimmungen:

Der Antrag Hensel wird mit 17 zu 3 Stimmen angenommen.

Auf den ergänzten Antrag der Vorberatungskommission entfallen 15 Stimmen, auf denjenigen des Stadtrates 5 Stimmen.

- **Antrag Vorberatungskommission**

„Auf die übrigen Personalmassnahmen im Bericht Ern (Absenkung Sparprozess/1150-01, Kürzung Ruhegehalt alt Stadtrat/1150-04, Anpassung Altersentlastung Lehrpersonen/2000-09) sowie auf weitere generelle Abbaumassnahmen beim Personal wird verzichtet.“

Kommissionspräsident Derungs erklärt, dass in dieser Ziffer zum Ausdruck gebracht werde, dass im Rahmen der vorliegenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung keine weiteren Sparmassnahmen zu Lasten des Personals mehr ergriffen werden sollen. Damit wolle man gegenüber dem Personal ein Zeichen setzen.

Unter Bezug auf die Budgetdebatte vom 16. Dezember 2010 erwartet **Cahannes**, dass der Stadtrat im Rahmen des IAFP Vorschläge unterbreitet, wie die Personalkosten gesenkt werden können.

Der **Stadtpräsident** erklärt, dass es nicht Aufgabe des IAFP sei, Aussagen darüber zu machen, wo Stellen abgebaut werden könnten.

Abstimmung:

Der Antrag der Vorberatungskommission wird mit 19 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

**1344-02 Mobiles Eisfeld Quader stilllegen/verkaufen**

Zu dieser Massnahme gibt die Vorberatungskommission lediglich die Empfehlung ab, sie umzusetzen; die Kompetenz dafür sieht sie beim Stadtrat.

In der Diskussion kommt die Sympathie für diese innerstädtische Attraktion im Winterhalbjahr deutlich zum Ausdruck; hier werde am falschen Ort gespart.

Der **Stadtpräsident** führt zur Zuständigkeit aus, der seinerzeitige Gemeinderatsbeschluss über den Kauf der Anlage sei auf Wunsch des Gemeinderates der Volksabstimmung unterstellt worden; deshalb vertrete der Stadtrat die Auffassung, dass wiederum der Gemeinderat über die Stilllegung entscheiden müsse. Sollte sich der Gemeinderat für kompetent halten, so stelle der Stadtrat den Antrag, auf diese Massnahme zu verzichten. Dies deshalb, weil die Rechnung 2010 wesentlich besser ausgefallen sei als budgetiert.

Abstimmung:

Die Stilllegung bzw. Verkauf des mobilen Eisfelds wird mit 15 zu 5 Stimmen abgelehnt.

1400-02 Erhöhung der Handänderungssteuer um 0,5 % von 1,5 % auf 2 %

Kommissionsmitglied **Pult** begründet den Minderheitsantrag, der in direktem Zusammenhang mit den städtischen Zusatzleistungen (Massnahme 2600-04) steht. Zudem sei nicht davon auszugehen, dass die Erhöhung dieser Steuer auf die Mieterschaft abgewälzt werde.

Abstimmung:

Die Erhöhung der Handänderungssteuer wird mit 12 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

2600-04 Städtische Zusatzleistungen zu Ergänzungsleistungen**Abstimmung:**

Die Streichung der städtischen Zusatzleistungen wird mit 11 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

3200-02 Wahl des Grundbuchverwalters als Kreisnotar

Infanger erklärt, diese Massnahme sei aufgrund der gesetzlichen Vorschriften nicht umsetzbar.

Anträge Stadtrat (von der Vorberatungskommission abgelehnte Massnahmen)



1400-01 Erhöhung Steuertarif Liegenschaftensteuer

Diese Massnahme wird von der Vorberatungskommission zum einen abgelehnt, weil sie zu einer Mehrbelastung führt, zum anderen wird argumentiert, eine Erhöhung würde direkt auf die Mieterschaft abgewälzt.

Der **Stadtpräsident** argumentiert mit einem Beispiel der WSC, welches belegt, dass die Auswirkungen im Einzelfall sehr gering sind und kaum den Mietenden weiter belastet würden. Die Stadt aber sei auf Mehreinnahmen angewiesen.

Abstimmung:

Die Erhöhung des Steuertarifs Liegenschaftensteuer wird einstimmig abgelehnt.

3000-01 Klärgebühr von 5 ‰ auf 8 ‰ erhöhen

Stadtrat Tresp erklärt, man wolle diese Überlegungen im Rahmen der Botschaft zur Einführung der Kanalgebühr einbeziehen.

Kommissionspräsident Derungs erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

3044-05 Fernwärme aus Abwasser/Abwärme

Stadtrat Tresp führt aus, die Fernwärmeleitung sei im Bau, das Projekt Fernwärme aus Abwasser/Abwärme sei bei den IBC zurzeit in Prüfung, ein solches werde aber sicher nicht durch die Stadt finanziert.

Kommissionspräsident Derungs erachtet diese Massnahme mit der Erklärung von Stadtrat Tresp als erledigt.

2.2 Aufträge der Vorberatungskommission

Kehrichtgrundgebühr

- **Auftrag** der Vorberatungskommission

*„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat bis zur Sitzung vom **September 2011** eine Botschaft zur Abschaffung und Überwälzung der Grundgebühr auf die Gebühren-träger vorzulegen.“*



- **Antrag Stadtrat**

„Die Grundgebühr wird gemäss geltender städtischer Kehrrechtgesetzgebung belassen, die Gebindegebühr dagegen erhöht (35 Liter Sack neu Fr. 1.80). Der Stadtrat ist bereit, eine Änderung des Gesetzes über die Abfallentsorgung dahingehend zu prüfen, die Grundgebühr wie in Igis-Landquart aufgrund des Frischwasserbezugs einzufordern (stark vereinfachte Fakturierung gemeinsam mit der Rechnung IBC).“

Stadtrat Tresp anerkennt, dass die Vorberatungskommission mit ihrem Antrag die administrativen Kosten senken will. Der Stadtrat wolle das heutige System hingegen beibehalten; es bilde im Kanton die Regel. Die Erfahrung zeige, dass bei einer hohen Sackgebühr die illegale Entsorgung zunehme. Falls der Gemeinderat im Sinne des Stadtrats entscheide, würden im Rahmen der Botschaft Varianten aufgezeigt.

Abstimmung:

Auf den Kommissionsantrag entfallen 11 Stimmen, auf denjenigen des Stadtrats 9 Stimmen.

Schulzahnpflege

- **Auftrag** der Vorberatungskommission

„Der Stadtrat wird beauftragt, zur Gemeinderatssitzung vom März 2012 folgende Varianten auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen:

- 1. Die Kostenstruktur der Schulzahnklinik extern durch Fachleute überprüfen zu lassen.*
- 2. Abzuklären und dem Gemeinderat die Entscheidungsgrundlagen vorzulegen, ob unter den Aspekten der gesamtpolitischen Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit die Schulzahnpflege weiterhin durch die städtische Schulzahnklinik vollzogen oder an Private ausgelagert werden soll.“*

- **Antrag 1 Stadtrat**

Die Kostenstruktur der Schulzahnklinik wird nach Umsetzung der eingeleiteten Sparmassnahmen im Jahr 2012 durch externe Fachleute überprüft.

- **Antrag 2 Stadtrat**

Nach Vorliegen des externen Gutachtens zur Kostenstruktur der Schulzahnklinik im Jahr 2012 ist der Stadtrat bereit, dem Gemeinderat Entscheidungsgrundlagen hinsichtlich Form der Leistungserbringung (Dienststelle der Verwaltung oder Auslagerung) zu unterbreiten.



Die **Vorberatungskommission** ist mit den Anträgen des Stadtrates **einverstanden**.

GPK-Präsident Frei ist gegen Zuwarten und beantragt, dem Antrag der Vorberatungskommission zuzustimmen.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber erklärt, die Ergebnisse der Überprüfung müssten für den Voranschlag 2013 vorliegen; geplant sei Juni/September 2012.

Abstimmung:

Auf die beiden Anträge des Stadtrates entfallen 15 Stimmen, auf diejenigen der Vorberatungskommission 4 Stimmen.

Stadtpolizei

- **Auftrag** der Vorberatungskommission

„Der Stadtrat wird beauftragt bis zur Sitzung vom März 2012 des Gemeinderates Bericht zu erstatten über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kanton, die Entschädigung des Kantons Graubünden für die Aufgaben an die Stadt Chur um mindestens CHF 800'000 zu erhöhen. Sollten die Verhandlungen mit dem Kanton oder andere Bemühungen des Stadtrates dieses minimale Verhandlungsziel verfehlen, wird der Stadtrat beauftragt, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um die Einheitspolizei einzuführen.“

- **Antrag** Stadtrat

„Der Gemeinderat wird bis im März 2012 über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton hinsichtlich Entschädigung und künftiger Form der Zusammenarbeit orientiert. Im Rahmen der Verhandlungen ist eine deutlich höhere Entschädigung für die der Stadt vom Kanton übertragenen polizeilichen Aufgaben anzustreben.“

Kommissionsmitglied **Gasser** erklärt, mit dem Antrag solle die Verhandlungsposition des Stadtrates gestärkt werden.

- **Antrag** Cahannes

„Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Gemeinderat einen Bericht über die Konsequenzen einer Einführung der Einheitspolizei vorzulegen.“

Der **Stadtpräsident** führt aus, die Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei müsse auf einen neuen Stand gebracht werden. Dabei dürfe die Verhandlungsposition des Stadtrates aber nicht geschwächt werden. Das Thema Einheitspolizei sei komplex und die Vor- und Nachteile müssten sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.



Cahannes spricht sich für den Antrag des Stadtrates aus und zieht seinen Antrag zurück.

- Der **Antrag** der Vorberatungskommission wird wie folgt **geändert**:

*„Der Stadtrat wird beauftragt bis zur Sitzung vom März 2012 des Gemeinderates Bericht zu erstatten über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kanton, die Entschädigung des Kantons Graubünden für die Aufgaben an die Stadt Chur um mindestens CHF 800'000 zu erhöhen. Sollten die Verhandlungen mit dem Kanton oder andere Bemühungen des Stadtrates dieses minimale Verhandlungsziel verfehlen, wird der Stadtrat beauftragt, **die Einführung einer Einheitspolizei zu prüfen.**“*

Die Vorberatungskommission ist mit dieser Änderung einverstanden, und auch der **Stadtpräsident** erklärt sein Einverständnis und zieht den Antrag des Stadtrates zurück.

Totalrevision der Personalverordnung (PVO)

- **Auftrag** der Vorberatungskommission

„Der Stadtrat wird beauftragt, zur Gemeinderatssitzung vom März 2012 die Personalverordnung im Sinne der nachstehenden Erwägungen gesamthaft zu revidieren und dem kantonalen Recht anzupassen.“

- **Antrag** Stadtrat

„Der Auftrag 8 (Totalrevision Personalverordnung) ist abzulehnen.“

- **Eventualantrag** Stadtrat

„Der Stadtrat ist bereit, durch externe Fachpersonen überprüfen zu lassen, wie hoch die Personalaufwendungen 2010 gewesen wären, wenn für die Stadt das kantonale Besoldungsmodell angewendet worden wäre. Diese Expertise bedingt die Bewilligung der entsprechenden Mittel.“

Das Ziel des Antrags liege in der Angleichung an das kantonale Personalrecht, d.h. die Durchlässigkeit zwischen Stadt und Kanton solle erhöht werden, führt Kommissionsmitglied **Infanger** aus. Es gehe jedoch um eine Überprüfung und nicht um eine Übernahme. Die Vorberatungskommission wende sich gegen beide Anträge des Stadtrates.

Kollegger kündigt einen Auftrag der BDP-Fraktion an, welcher sich des Themas annimmt.

Der **Stadtpräsident** bekundet Mühe mit dem Antrag der Vorberatungskommission, weil unklar sei, wo die Anpassungen stattfinden sollen und die Erfüllung zeitlich nicht möglich sei.

Kommissionspräsident **Derungs** zieht den Antrag seiner Kommission zurück, der **Stadtpräsident** die Anträge des Stadtrates.



Der Sekretär der Vorberatungskommission Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, Peter **Guidali**, rekapituliert die während der Debatte gefassten Beschlüsse.

Schlussabstimmung:

Mit 19 zu 1 Stimme wird den im Kommissionsbericht enthaltenen

- a) Empfehlungen gefolgt,
- b) den Anträgen zugestimmt (unter Berücksichtigung beschlossener Änderungen),
- c) werden die Aufträge überwiesen (unter Berücksichtigung beschlossener Änderungen).

Die Vorberatungskommission zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird aufgehoben.

3. Petition „Kulturraum Chur“

Mit Botschaft Nr. 405.03 beantragt der Stadtrat:

Vom Bericht zur Petition „Kulturraum Chur“ wird Kenntnis genommen.

3 Wortmeldungen.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Rat vom Bericht zur Petition „Kulturraum Chur“ Kenntnis genommen hat.

4. Sportförderung in der Stadt Chur

Mit Botschaft Nr. 440.03 beantragt der Stadtrat:

1. *Vom Bericht „Sportförderung in der Stadt Chur“ und vom „Konzept zur Jugendsportförderung“ wird Kenntnis genommen.*
2. *Es wird eine Sportfachstelle im Umfang von 60 Stellenprozenten geschaffen.*

Die Notwendigkeit einer Sportfachstelle an sich ist anerkannt, doch wird mehrheitlich eine „echte“ Kompensation gefordert. Der im Voranschlag 2011 bereits berücksichtigte Abbau von 60 % bei einer Zahnarztstelle reiche nicht. Die Befürworter argumentieren, durch eine solche Stelle könnten auch Gelder von Bund und Kanton abgeholt werden.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber stellt fest, dass die Kompensation der Stellenprozente im Zentrum der Vorlage steht. Die Sportbeauftragte komme der ganzen Stadt zugute, und die Stelle hätte ebensogut im Departement 1 angesiedelt werden können. Wegen der Jugend-



sportförderung sei jedoch ihr Departement zuständig. Bei der Schulzahnklinik würden 90 % bei einer Dentalassistentin eingespart. Die Sportbeauftragte koste inkl. Sozialleistungen rund 10'000 Franken mehr. Dabei sei zu bedenken, dass mit der Fachstelle mehr Gelder abgeholt werden könnten, wovon die Vereine profitierten. Auch berge die Bewirtschaftung der Sportanlagen Optimierungspotenzial. Die Dotierung der Stelle mit 60 % entspreche zudem im Vergleich mit anderen Städten einem absoluten Minimum.

Der Präsident der Kommission Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, **Derungs**, ist gegen die Stellenschaffung. Es werde dort kompensiert, wo ohnehin eine externe Überprüfung vorgesehen sei.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 13 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen zum Beschluss erhoben.

5. Kasernenstrasse, Einmündung Comercialstrasse/Richtstrasse; Strassenanpassungen sowie Umbau in einen Kreisel, Anpassung der Fussgängerunterführung Waffenplatzstrasse und Erneuerung von Werkleitungen

Mit Botschaft Nr. 395.04 beantragt der Stadtrat:

Das Projekt Kasernenstrasse, Einmündung Comercialstrasse/Richtstrasse, Strassenanpassungen sowie Umbau in einen Kreisel, die Anpassung der Fussgängerunterführung Waffenplatzstrasse für den Langsamverkehr und die Erneuerung von Werkleitungen, wird genehmigt und der Nettokredit von Fr. 1.22 Mio. bewilligt (Konto 72.5010.259 Kasernenstrasse, Einmündung Comercialstrasse/Richtstrasse, inkl. MwSt., +/- 10 %, Kostenstand November 2010).

Gegen das Geschäft regt sich eher unerwartet Widerstand.

Zum einen wird die Vorlage eines Verkehrskonzepts gefordert, zum anderen wird argumentiert, zuerst müsse man Gewähr haben, dass die Bundesgelder auch wirklich bei der Stadt eingehen.

Hensel weist darauf hin, dass geforderte Verkehrskonzept zwar vorliege, doch solle das Geschäft um ein halbes Jahr verschoben werden, damit man Kenntnis der Gesamtkosten habe.

• Antrag Hensel

„Das Traktandum sei um ein halbes Jahr zu verschieben.“



Stadtrat Tresp führt aus, das Verkehrskonzept sei im Zusammenhang mit der Revision der Stadtplanung erarbeitet worden. In der Botschaft Einkaufs- und Gewerbecenter „City West“, Verkauf der städtischen Parzelle Nr. 1838 von 2008 seien die Details für die Erschliessung namentlich und finanziell erwähnt. Dass der Bund daran einen Anteil von 40 % leiste, spreche für das gute Konzept. Die Tangentialbuslinie sei zwar im Agglomerationskonzept enthalten, doch sei deren Realisierung schwierig und vor allem nicht gratis zu haben. Im Jahr 2008 habe sich der Gemeinderat klar dafür ausgesprochen, dass im Gebiet City West ein eigenständiges Zentrum geschaffen werden solle. Eine bedürfnisgerechte Erschliessung bilde eine zwingende Voraussetzung dafür.

Abstimmung:

Der Antrag Hensel wird mit 12 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Antrag des Stadtrates wird mit 13 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zum Beschluss erhoben.

6. Fragestunde gem. Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von **Hensel** betr. Entwicklung Tierheim Arche Chur werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

Die ausführliche Würdigung der zurückgetretenen Mitglieder **Imholz**, **Lardelli** und **Pult** durch den **Gemeinderatspräsidenten** sorgt für Heiterkeit und beendet die Sitzung.

Eingang parlamentarischer Vorstoss

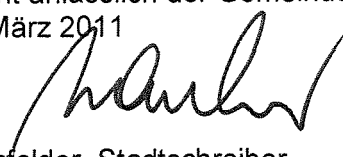
Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang des folgenden parlamentarischen Vorstosses bekannt:

Interpellation Romano Cahannes und Mitunterzeichnende betr. Standplätze für Wohnmobile auf dem KEB Areal

Chur, 23. März 2011

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder



M. Frauenfelder, Stadtschreiber

INTERPELLATION

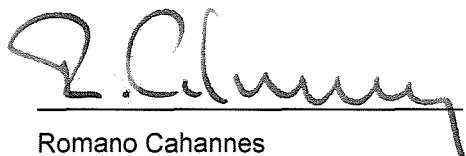
Wie aus den Medien zu entnehmen war, plant der Stadtrat zusammen mit Chur Tourismus, auf dem KEB Areal vier Stellplätze für Wohnmobile zur teilweisen Gratisabgabe zu schaffen. Ziel sei, neue Gäste nach Chur zu locken.

Das KEB Areal befindet sich mitten in der Stadt Chur. Es liegt in der Wohnzone W4. Seit der Schliessung des Eisfeldes im März 2001, d.h. seit nunmehr 10 Jahren, ist es grossmehrheitlich Brachland. Ein Kindergarten ist angesiedelt und im ehemaligen Restaurant wird eine Kindertagesstätte betrieben. Das KEB Areal befindet sich in einer der besten Lagen für Wohn- und Freizeit Zwecke in der Stadt Chur.

Gestützt auf diese Umstände stellen sich für die Interpellanten folgende Fragen an den Churer Stadtrat:

1. Wie hoch sind die Kosten für die Bereitstellung der Standplätze inklusive Strom, Wasser, Abwasser, Kehrrichtentsorgung etc.?
2. Wie hoch ist die Wertschöpfung für die Stadt Chur, welche sich der Stadtrat aus diesem Standort bzw. Angebot erhofft?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Zulässigkeit eines Standplatzes für Camper in einer Wohnzone?
4. Wie rechtfertigt der Stadtrat die direkte Konkurrenzierung mit einem privaten Campinganbieter in der Stadt?
5. Wie hoch sind die Ertragsausfälle für den privaten Campinganbieter?
6. Wie rechtfertigt der Stadtrat, als Ergebnis aus zehnjähriger Planung vier Standplätze für Billigtouristen auf einem der potentialreichsten Areale in der Stadt Chur hervorgebracht zu haben?
7. Wie hoch sind die bisher angefallenen Planungskosten für die Entwicklung des KEB Areals?
8. Was gedenkt der Stadtrat weiter für die Entwicklung des KEB Areals zu tun, wie sieht der Zeitplan aus?

Chur, den 10. März 2011



Romano Cahannes

